

»Soll das hier ein Verhör werden?«

Ein Erfahrungsbericht aus der empirischen Polizeiforschung in Hamburg und Berlin

Annelie Molapisi

1 Einleitung

Wenngleich man feststellen darf, dass die Polizeiforschung sich in den letzten Jahrzehnten in Deutschland vom »Mauerblümchendasein« hin zu einer etablierten Wissenschaft gemausert hat (vgl. Liebl 2008: 59), wird noch heute in Fachkreisen immer wieder die Notwendigkeit betont, dass die Polizei als Institution des Gewaltmonopols sich empirischer Polizeiforschung gegenüber *mehr* öffnen müsse (vgl. z.B. Rose et al. 2021). Die Polizei selbst scheint dies durchaus erkannt zu haben: so haben viele Länderpolizeien mittlerweile eigene Forschungsstellen¹ und die Polizeiführung vielerorts zeigt sich auch Forschungsgesuchen externer wissenschaftlicher Institutionen gegenüber durchaus offen (vgl. Theriault 2013: 38, Bergmann 2019: 159, Jacobsen 2005: 50, Fn. 46). Unsere Erfahrung in der praktischen Umsetzung eines kooperativen Forschungsvorhabens zeichnet diesbezüglich jedoch ein sehr ambivalentes Bild. So wurde zwar von den polizeilichen Kooperationspartnern zunächst Offenheit demonstriert, es zeigte sich jedoch während der Forschungstätigkeit immer wieder ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber wissenschaftlicher Forschung und den Forschenden selbst. Dies macht deutlich, warum die genannte Forderung noch heute sehr aktuell ist. In den öffentlichen Debatten wird wissenschaftliche Forschung von Politiker:innen und Medien als eine Art Kontroll- oder gar Interventionsinstrument dargestellt. Das zeugt allerdings von einem schiefen Verständnis davon, was Wissenschaft ist und welchem

1 Vgl. z.B. FOSPol in Hamburg und das ISIP in Sachsen, siehe hierzu auch Meißelbach 2022: 160, 164.

Zweck sie dient. Schlimmer noch: es schürt bzw. verschärft das Misstrauen der Polizei gegenüber wissenschaftlicher Forschung (vgl. Weiß et al. 2022: 14).

Bei empirischer Sozialforschung, zu der auch die Polizeiforschung zählt, geht es stets um einen Erkenntnisgewinn, um das Annähern an eine Realität. Es geht darum, unter Zuhilfenahme wissenschaftlicher Methodiken Fragestellungen zu entwickeln, Phänomene zu beschreiben und zu erklären sowie Sinnzusammenhänge zu erörtern. So kann neues Wissen generiert oder bestehendes Wissen vertieft werden (vgl. Grutzpalk et.al. 2018). Die so gewonnenen Erkenntnisse können gesellschaftlichen Akteuren, wie zum Beispiel der Polizei, wiederum dazu dienen, sich und ihre Arbeit zu reflektieren und neue Ansätze zu entwickeln. Was jedoch nicht heißt, dass dem häufig von Seiten der Polizei formulierten Wunsch einer direkten Praxisrelevanz der Forschung mit dem Ziel der Produktion konkreter Handlungsempfehlungen und Leitfäden für die Polizeiarbeit (Gatzke 2015: 49) von Seiten der Wissenschaft immer auch Folge geleistet werden muss.

Externe Forschung geht unserer Erfahrung nach für die Polizei bisweilen mit Kontrollverlust- und Diffamationsbefürchtungen einher, dennoch sind insbesondere die wissenschaftliche Unabhängigkeit und das Verlassen der Innenperspektive zentrale Faktoren zur objektiven Erhebung valider Daten (vgl. Reichertz 2015). Dies galt es für uns es immer wieder zu erklären um deutlich zu machen, dass es nicht um externe Kontrolle oder gar voreingenommene Anklage geht.

Erschwerend kam hinzu, dass unser Forschungsansatz ein explorativer, rein qualitativer Ansatz war. Während man die quantitative Sozialforschung und deren Ansatz der Zählbarmachung von Eigenschaften und ihrer statistischen Auswertung als wissenschaftlicher Laie oft noch nachvollziehen kann und die Ergebnisse methodisch und graphisch darzulegen sind, sind die Ansätze und Vorgehensweisen der qualitativen Sozialforschung aufgrund ihrer eher explorativen, verstehenden und interpretierenden Herangehensweise schwerer zu vermitteln. Dieser Aspekt wird besonders deutlich, wenn man narrative Interviews durchführt und es mit gestandenen Polizist:innen zu tun bekommt: Menschen, die polizeilich-analytischen Denkstrukturen und einer Logik von Verdacht und Schuld folgen und hinter jeder Frage eine Art Falle vermuten und sich bei Gesprächen und Interviews mit Forschenden gar in Verhörsituationen wähen.

Während unserer Forschungstätigkeit in Zusammenarbeit mit der Hamburger sowie der Berliner Polizei zeigte sich, dass zwar initial von den oberen Führungsebenen und spezialisierten Stabsstellen Interesse, Offenheit und

Kooperationswille demonstriert wurde, uns aber in der praktischen Umsetzung innerhalb der Organisation eher Desinteresse und Misstrauen entgegengebracht wurde. Wenngleich angemerkt werden muss, dass nicht alle Forschungspartner:innen dieses Verbundprojektes die gleichen Erfahrungen diesbezüglich machten². Dieser Erfahrungsbericht bezieht sich ausdrücklich auf ein spezifisches Teilprojekt, für welches sich festhalten lässt, dass sich der Zugang zum Feld eher schwierig gestaltete. Damit ist nicht nur der physische Zugang zu den Polizeidienststellen und ihren Mitarbeitenden gemeint, sondern vor allem die zu Beginn deutlich spürbare Ablehnung und die Verschlussenheit der Gesprächspartner:innen. So wurde meine Anwesenheit bei teilnehmenden Beobachtungen zunächst kritisch gesehen und die Fragen in qualitativen Interviews oftmals argwöhnisch und sehr vorsichtig beantwortet. Die Gegenfragen, ob ich *sowas wie ein Verhör* durchführe oder worauf ich mit meinen Fragen *hinauswolle*, stehen dabei exemplarisch dafür, dass mein eigenes Selbstverständnis als Wissenschaftlerin in diesem Kontext nicht immer auch von meinem Gegenüber geteilt wurde. Obwohl dies sicher nicht die Aufgabe wissenschaftlich Forschender ist, habe ich immer wieder die Notwendigkeit empfunden, mich und meine Arbeit zu rechtfertigen und vor allem erklären zu müssen, um eine vertrauensvolle Basis für ehrliche Gespräche zu schaffen. Während mir dies bei vielen Gesprächspartner:innen und an einigen Dienststellen auch gelang, so bleibt das Fazit, dass ein Verständnis dafür, was (Polizei-)Wissenschaftler:innen tun und warum, leider in der Polizei größtenteils missverstanden wird. Dies kann sich letztlich auch negativ auf die Qualität der zu gewinnenden Daten auswirken.

2 Zum Hintergrund

Das den hier präsentierten Erfahrungen und Beobachtungen zugrundeliegende Forschungsprojekt MIGRATE (2018–2020) wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert und war an der Akademie der Polizei Hamburg (AdP) verortet. Als Drittmittelprojekt beschäftigte es sich mit der Frage, wie die deutsche Polizei auf die gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen im Zusammenhang mit zunehmender Migration reagiert und inwiefern sie sich selbst verändert hat bzw. verändern wird (Weiß et al.

2 Für Näheres zum Forschungsprojekt und den vielfältigen Erfahrungen der beteiligten Forscher:innen: Graevskaia et al. (2021), Weiß et al. (2022).

2022: 8–9). Forschungspartnerinnen waren die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster, die Universität Duisburg-Essen und die Akademie der Polizei Hamburg. Geleitet wurde es von Prof. Dr. Antonio Vera von der DHPol.

Obwohl die Institution Polizei sowohl gesellschaftlich als auch in der kriminologischen/polizeiwissenschaftlichen Forschung von zentraler Bedeutung ist, ist der Zugang zum Forschungsfeld Polizei für extern Forschende grundsätzlich sehr limitiert (vgl. Reichertz 2003, S. 415 f). So standen die Initiator:innen des Projektes schon bei der Antragstellung vor der Herausforderung, Länderpolizeien zu finden, die als Kooperationspartnerinnen fungieren und das Forschungsvorhaben aktiv unterstützen würden. Während die meisten der angefragten Länderpolizeien dieses Gesuch gar nicht beantworteten oder kategorisch ablehnten, ließen sich mehrere Länderpolizeien bei der Antragstellung schließlich als assoziierte Partnerinnen listen, dazu gehörten die Polizei Nordrhein-Westfalen, die Polizei Berlin, die Polizei Baden-Württemberg sowie die Polizei Hamburg.

Die Projektstruktur umfasste insgesamt 6 Teilprojekte mit unterschiedlichen Schwerpunkten, wie die Organisationsgestaltung, das Personal- und Diversitätsmanagement, die Bürger-Polizei-Interaktion sowie die Organisationskultur der Polizei. Ein Teilprojekt wurde direkt an der AdP in Hamburg unter der Leitung von Prof. Dr. Rafael Behr bearbeitet. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin konnte ich an der Konzeption und Durchführung dieses Arbeitspakets mitwirken. Unser Teilprojekt mit dem Arbeitstitel *Interkulturalität und Organisationskultur der Polizei* untersuchte die organisationskulturellen Wirkungen von Fremdheit in der Polizei. Zur Erhebung empirischer Daten aus dem Feld nutzten wir qualitative Forschungsmethoden, wie teilnehmende Beobachtungen und teilnarrative Interviews. Unser Fokus lag auf der Analyse der migrant:innenspezifischen Werbe- und Einstellungsmaßnahmen seitens der Polizei, sowie auf der Untersuchung der beruflichen Sozialisationserfahrungen junger Polizeianwärter:innen mit Migrationsgeschichte und der Alltagserfahrungen in ethnisch-diversen Teams an verschiedenen Dienststellen³. Beforscht wurden die Länderpolizeien Berlin und Hamburg, zwei Großstadtpolizeien, die sich Diversität und Offenheit laut ihrer damaligen Werbekampagnen groß auf die Fahnen geschrieben und zuvor, wie bereits erwähnt, ihre Bereitschaft zur Kooperation und zur Öffnung eines Feldzugangs signalisiert hatten.

3 Näheres zum konkreten Forschungsdesign siehe Molapisi & Behr 2019, Behr & Molapisi 2022.

3 Der Feldzugang

Unsere Forschung stellte eine Art Sonderform dar. Während wir in Berlin klar als externe Forschende auftraten, war unsere Stellung in Hamburg diesbezüglich oftmals unklar, da es sich nicht um eine interne Forschung im engeren Sinne handelte, die Forschenden als Angestellte der Akademie der Polizei Hamburg jedoch als *irgendwie zugehörig* angesehen wurden. Externe Forschung führte in der Vergangenheit oftmals eher zu Abwehrreflexen, insbesondere beim Thema Feldzugang (vgl. z.B. Bettermann 2015). Uns signalisierte man jedoch in ersten Gesprächen mit der polizeilichen Führung, sowohl in Hamburg als auch in Berlin, grundsätzliche Kooperationsbereitschaft und betonte stets die Wichtigkeit der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, weshalb man uns entsprechende Feldzugänge zusagte. Auch die uns im ersten Schritt zugewiesenen geschulten bzw. spezialisierten Mitarbeiter:innen auf entsprechenden Stabsstellen und einzelne Beamt:innen mit eigener Migrationsgeschichte äußerten sich sehr wohlwollend und begrüßten die Forschungsinitiative nach eigenen Aussagen sehr. Jedoch begegneten uns, je weiter wir in die Organisation selbst, d.h. in den normalen Dienst jenseits der hohen Führungsebenen, vordrangen, immer mehr Zurückhaltung und spürbare Vorbehalte. So äußerte man uns gegenüber des Öfteren Skepsis bezüglich der Relevanz des Themas. Man bezeichnete es unter Hinweis auf den in der Polizei elementaren Gleichheitsgrundsatz als »Modethema«, mit dem man innerhalb der Organisation keine Probleme habe, da grundsätzlich alle Mitarbeitenden gleichbehandelt würden und niemand eine Sonderrolle inne habe. Vielmehr würden die öffentlichen Debatten das Thema »*künstlich aufblähen*«. Auch die Auswahl der Gesprächspartner:innen sowie die konkreten Fragestellungen wurden kritisch hinterfragt.

Im ersten Schritt stellten wir uns im Sommer 2018 die Frage, wie man junge Auszubildende und Studierende mit Migrationsgeschichte in Hamburg und Berlin dafür gewinnen könnte, an mehreren teilnarrativen Interviews während ihrer dreijährigen Polizeiausbildung teilzunehmen und über ihre individuellen Erfahrungen und Eindrücke zu berichten. Nach mehreren Vorgesprächen erklärte man sich bei der Berliner Polizei dazu bereit, diesbezüglich einen konkreten Aufruf per E-Mail vom *Diversity-Büro* der Polizei Berlin über die Leiter:innen der Ausbildungsstätten an alle zu diesem Zeitpunkt registrierten Anwärter:innen aller Laufbahnabschnitte verschicken zu lassen. In dieser E-Mail wurde das Forschungsvorhaben kurz erläutert und die migrantischen Empfänger:innen ausdrücklich darum gebeten, auf freiwilliger Basis

an den Interviews teilzunehmen und anonym von ihren Erfahrungen zu berichten. Diesem Aufruf folgten 25 Personen, wovon schließlich 16 an den Interviews teilnahmen. In Hamburg lief der Zugang aufgrund der örtlichen Nähe etwas anders. Wir wollten die Polizeianwärter:innen persönlich ansprechen und uns und unser Forschungsprojekt vorstellen. Bei diesem Vorhaben waren wir jedoch unter anderem auf die Unterstützung der Ausbildungsleiter:innen des Jahrgangs 2018 angewiesen, uns die Möglichkeit zur direkten Ansprache der Klassen des Laufbahnabschnitts 1 zu geben. Das Projekt und unser Anliegen wurden zunächst in einer internen Dienstbesprechung den Ausbildungsleiter:innen erläutert. Alle Anwesenden waren auch grundsätzlich bereit, uns zu unterstützen, wenngleich in dieser Besprechung bereits deutlich wurde, dass das Forschungsthema und das geplante Vorgehen nicht bei allen Ausbildungsleiter:innen Anklang fand. So gab es viele kritische Nachfragen, beispielsweise danach, wie man sicherstellen könne, dass man nicht »die falschen Personen« interviewe und es keine verzerrenden Effekte durch Ausreißer gäbe. Auch wurde die Sorge geäußert, man könne durch die wiederholte Befragung von Auszubildenden auch »Probleme schaffen, wo vorher keine waren«, indem man durch suggestiv formulierte Fragen Personen »übersensibilisiere« und so Ereignisse und Erfahrungen im Nachhinein umgedeutet werden könnten. Hieraus lässt sich die Vermutung bzw. die Sorge ablesen, die Forschenden verfolgten a priori eine bestimmte Agenda. Selbst nach ausführlichen Erläuterungen zu den konkreten Fragestellungen und elementaren wissenschaftlichen Grundsätzen, auch in zusätzlichen Einzelgesprächen, konnten bis zuletzt nicht alle Lehrenden vollends überzeugt werden. Eine Lehrkraft riet uns in einem persönlichen Gespräch davon ab, eine bestimmte Person zu interviewen, da diese »keine repräsentativen Aussagen« tätigen würde und »persönliche Ressentiments« hege, woraufhin erklärt werden musste, dass niemand prophylaktisch ausgeschlossen werden kann. Es konnten letztlich alle Ausbildungsklassen besucht werden und es gab keine uns bekannte Vorauswahl durch die Vorgesetzten. Letztlich waren jedoch nur 4 Auszubildende aus diesen Klassen bereit, an den Interviews teilzunehmen, wovon 3 tatsächlich teilnahmen. Ob diese relativ geringe Anzahl im Zusammenhang mit der spürbaren (oder sogar explizit geäußerten) abwehrenden Haltung einzelner Ausbilder:innen stand, bleibt Spekulation.

Auch die Studierenden des Jahrgangs 2018 mit eigener Migrationsgeschichte wurden im Rahmen einer persönlichen Vorstellung in verschiedenen Kursen und Studiengruppen zu Beginn ihres Studiums um Teilnahme gebeten. Zugang zu diesen Gruppen erhielten wir durch persönlichen Kontakt zu

zwei Lehrenden an der Akademie. Infolgedessen nahmen schließlich sieben Studierende an den Interviews teil. Ob des hohen Anteils neuer eingestellter Polizeianwärter:innen mit Migrationshintergrund von insgesamt knapp 20 % im Ausbildungsjahr 2018 (Mediendienst Integration 2021), hatten wir auf eine höhere Teilnahmebereitschaft gehofft. Nichtsdestotrotz wollten wir nunmehr mit der Durchführung der Interviews beginnen. Jedoch wurden wir im nächsten Schritt von Bedenken des Personalrates in Hamburg im Herbst 2018 vorerst gestoppt. Uns gegenüber wurden vor allem Bedenken bezüglich des Schutzes der Mitarbeiter:innen als Grund genannt. Wieder waren die Zusage der konkreten Interviewleitfäden sowie ausführliche Erläuterungen zur Anonymisierung der Interviews und persönliche Überzeugungsarbeit durch den Teilprojektleiter nötig, um unser Vorgehen verständlich zu machen.

Im Laufe des Projektes gab es schließlich immer wieder migrantisch-gelesene Polizist:innen in Berlin und Hamburg, die von unserem Forschungsprojekt Notiz nahmen und autark auf uns zukamen, um sich zum Thema des Teilprojektes zu äußern. Bezüglich ihrer intrinsischen Motivation gaben sie verschiedene Begründungen: zum einen waren es öffentliche Debatten zu vermeintlich rassistischer Polizeiarbeit, die sie dazu animierten ihre eigenen Ansichten und Erfahrungen einbringen zu wollen und zum anderen gaben Gesprächspartner:innen an, nicht zu wissen, an wen sie sich sonst mit ihrem Anliegen wenden könnten, ohne als »Unruhestifter« zu gelten.

Auch der für die teilnehmenden Beobachtungen notwendige Zugang zu verschiedenen Dienststellen in Hamburg gestaltete sich zunächst schwierig. Offizielle Anfragen bei verschiedenen Dienststellen führten Anfangs nicht zum Erfolg. Als Begründung wurde häufig die hohe Arbeitsbelastung genannt. Jedoch fanden sich schließlich über intensives Netzwerken und persönlichen Austausch wirkungsreiche Fürsprecher:innen aus den Reihen der Polizei, die über berufliche Kontakte Zugänge zu einzelnen Dienststellen ermöglichten. Nach mehreren kürzeren teilnehmenden Beobachtungen stellte sich heraus, dass die Tatsache, dass zuvor bereits andere Dienststellen beforscht wurden, einen Vertrauensbonus an den folgenden Dienststellen mit sich zu bringen schien. Dies galt vor allem dann, wenn sich eine (leitende) Person der zuvor beforschten Dienststelle bei befreundeten Kolleg:innen anderer Dienststellen für einen weiteren Zugang einsetzte. Es kam sogar dazu, dass während einer teilnehmenden Beobachtung an einem Polizeikommissariat in Hamburg ein Dienstgruppenleiter persönlich bei Kolleg:innen von der Kriminalpolizei nachfragte, ob auch dort eine teilnehmende Beobachtung möglich wäre, um auch diesen Bereich in die Betrachtung einbeziehen zu können. So waren im

Zuge eines Schneeballverfahrens über die Dauer des Projektes Beobachtungen an verschiedenen Dienststellen in Hamburg möglich.

Die Länge und Qualität der teilnehmenden Beobachtungen stellten sich im Zuge dessen als weitere wichtige Faktoren heraus. An Dienststellen, an denen ich mehrere Wochen am Stück hospitieren konnte, wurde ich nach einiger Zeit nicht mehr als Fremdkörper, sondern nach Aussagen der Polizist:innen eher als eine Art Praktikantin, die viele Fragen stellt, wahrgenommen. Die Gespräche wurden deutlich offener und die Skepsis der Beamt:innen lies spürbar nach. Dies galt besonders dann, wenn ich während eines mehrwöchigen Hospitationszeitraumes die gesamte Schichtzeit begleiten konnte. Generell lässt sich ein bestimmter Gewöhnungseffekt bei teilnehmenden Beobachtungen auch in anderen Organisationen und Gruppen beobachten dennoch schien hier ein darüberhinausgehendes Gefühl der Vertrautheit insbesondere nach langwierigen oder schwierigen Einsatzerfahrungen und Nachtschichten deutlich zu werden.

Was bereits der Einstieg in die Forschung und der Zugang zum Forschungsfeld deutlich macht, ist eine prävalente organisationsinhärente Skepsis gegenüber wissenschaftlicher Forschung verbunden mit der Vermutung eines grundsätzlich polizeikritischen Ansatzes selbiger. Die Hoffnung, die Befürwortung der Forschungstätigkeit durch die oberste Leitungsebene würde als Türöffner reichen, wurde schnell enttäuscht. Vielmehr ließen einige Kommentare darauf schließen, dass man unsere Forschungstätigkeit mitunter auch als Kontrollmaßnahme von oben missinterpretiert haben könnte.

Häufiger wurden jedoch Aussagen getätigt, die darauf schließen ließen, dass man unser Gesuch als externe Einmischung in interne Belange auffassete. Wenn man von außen drauf schaue, könne man viele Sachen nicht richtig bewerten, erklärten mehrere Polizist:innen im informellen Gespräch. Die Annahme, eine Innensicht sei Grundvoraussetzung für die »richtige« Analyse polizeilichen Arbeitens, zeigt deutlich den Widerspruch zu einer wissenschaftlichen Herangehensweise, bei der es gerade um diese Distanzierung vom Forschungsgegenstand und den Perspektivwechsel geht. Die Befürchtung, missverstanden zu werden und sich aufgrund von Forschungsergebnissen öffentlich rechtfertigen zu müssen, wurde auf Nachfragen wiederholt zum Ausdruck gebracht.

Das Thema der hier beschriebenen Forschung mit Bezug zu Migration und gesellschaftlichem und organisationalem Wandel schien überdies als besonders sensibel bewertet zu werden: ein Themenkomplex, der aufgrund aktueller öffentlicher Debatten um institutionellen Rassismus und Diskriminierung

durch die Polizei eher eine Abwehrhaltung als eine tatsächliche Offenheit dem Thema oder den Forschungsfragen gegenüber provozierte.

4 Misstrauen und Missverständnisse

Es kam immer wieder vor, dass Polizeibeamt:innen sich Gesprächen im Rahmen der Untersuchung gänzlich verweigerten. Man unterstellte uns häufig eine Voreingenommenheit gegenüber der Polizei und vermutete eine gesellschaftspolitische Agenda, gar eine bestimmte Ideologie, hinter der Forschungsinitiative und der damit verbundenen Fragestellung. Diese Erwartungshaltung wurde in der polizeiwissenschaftlichen Literatur schon häufig beschrieben (vgl. z.B. Reichertz 2003, Ullrich 2019). Die Polizei würde *»ungerechtfertigt in ein schlechtes Licht gerückt«*, Aussagen würden *»verdreht«* und auf eine bestimmte (negative) Art interpretiert, so der häufige Vorwurf. Diese Bedenken wurden oft unter Verweis auf Medienberichte und vorherige wissenschaftliche Publikationen geäußert. Auch persönliche Erfahrungen mit Wissenschaftler:innen und wissenschaftlicher Forschung oder interne Erzählungen über solche Erfahrungen wurden als Begründung herangeführt. So wurde an einer Dienststelle davon berichtet, dass sich Forschende bei einer vorangegangenen teilnehmenden Beobachtung sehr herablassend verhalten und ihnen bzw. ihren Kolleg:innen die Worte im Munde verdreht und eine klare aktivistische Motivation gezeigt hätten. Die Beamt:innen gaben an eine klare Voreingenommenheit wahrgenommen und aufgrund dessen starke Antipathien den Forschenden gegenüber entwickelt zu haben. Dies habe auch damit zu tun gehabt, dass die Forschenden von vornherein *»eine überhebliche und sehr belehrende Art«* an den Tag gelegt hätten. An einigen Dienststellen kam es aber auch zu Grundsatzdiskussionen zum Verständnis von Wissenschaft und ihrem Nutzen für die Polizei, bei der unter anderem deutlich wurde, dass Missverständnisse und Kontrollbefürchtungen vor allem darauf zurückzuführen sind, dass ein Bewusstsein dafür fehlt, dass die der Wissenschaft zugrundeliegende Logik eine grundsätzlich andere ist als die einer polizeilichen Vorgehensweise bei Ermittlungen oder ähnlichem. Bei letzterem gilt es, einen Sachverhalt aufzuklären, Verdachtsmomenten nachzugehen, Beweise und Indizien zu sammeln, um am Ende die konkrete Tat einem oder mehreren Beschuldigten nachweisen zu können. Diese Herangehensweise ist Polizeibeamt:innen vertraut. Indes bei wissenschaftlicher Erkenntnissuche Muster und Phänomene beschrieben und Sinnzusammenhänge erörtert werden,

während die Frage von Täterschaft und Schuld keine Rolle spielt bzw. spielen sollte. Problematisch scheint, dass nicht selten die berufstypische Logik auf Gesprächssituationen mit Forschenden übertragen wird.

Auffällig war, dass viele Gesprächspartner:innen in informellen Gesprächen bereit waren, deutlich mehr preiszugeben als in den Interviews selbst. Oft hatten sie Sorge, sie könnten für bestimmte Aussagen »Probleme kriegen«, wollten nichts »Falsches« oder »politisch Unerwünschtes« sagen oder der offiziellen Linie der Polizeiführung widersprechen. Keinesfalls wollten sie der Reputation der Organisation schaden. In Berlin zeigte man sich in den Interviews jedoch generell etwas kritischer der eigenen Organisation und Kolleg:innen bzw. Vorgesetzten gegenüber. Dies könnte im externen Status der Forschenden begründet liegen oder in den zu diesem Zeitpunkt noch sehr aktuellen öffentlichen Debatten über die steigende Diversität und den damit angeblich einhergehenden Problemen in den Ausbildungseinrichtungen der Berliner Polizei, ausgelöst durch die Veröffentlichung einer Sprachnachricht⁴. Dieser medial vielbeachtete Vorfall sorgte auch intern für eine große Kontroverse, wie mehrere Berliner Polizist:innen erklärten.

5 Wenn sich Befragte wie Verhörte fühlen

Nicht nur das Erkenntnisinteresse wissenschaftlicher Forschung unterscheidet sich grundsätzlich von polizeilicher Praxis auch Gesprächssituationen könnten fehlinterpretiert werden. Zurückkommend auf die in ähnlicher Form häufig gestellte Frage, ob das qualitative Interview eine Art Verhör darstelle, sollten die Befragungssituation und der Erfahrungshintergrund der involvierten Personen an dieser Stelle etwas näher beleuchtet werden. Während eines sozialwissenschaftlichen Studiums wird das Interview in unterschiedlichen Formen als Standardmethode zur Datengewinnung gelehrt. Dabei geht es grundsätzlich um die Erforschung eines bestimmten Sonderwissens. In dieser Situation kann, vor allem dann, wenn die interviewende Person wie im vorliegenden Kontext als Laie wahrgenommen wird, tendenziell ein hierarchisches Gefälle zugunsten des Interviewten bestehen (Vogel 1995: 80),

4 Siehe Medienberichte, wie z.B.: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/ausbilder-klagt-uber-zustande-an-berliner-polizeiakademie-5176528.html>, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article170317122/Jetzt-sprechen-Berliner-Polizeischueler-ueber-die-Skandal-Akademie.html>.

worüber sich die interviewende Person jedoch im Vorfeld klar sein sollte und dies auch für ein möglichst produktives Outcome nutzen kann (Abels/Behrens 1998: 86).

Im polizeilichen Kontext gehören Befragungssituationen ebenfalls zum Berufsalltag. Sowohl im Bereich Gefahrenabwehr als auch bei der Kriminalitätsbekämpfung werden durch Befragungen Sachverhalte und Zusammenhänge *erforscht*. Diese Art der Befragungssituation fußt in der Regel ebenfalls auf einer gewissen Hierarchie hier jedoch eher zugunsten der fragenden Person aufgrund der formal-strukturellen Rahmenbedingungen und ihres professionellen Wissens. Dieser spezifische Erfahrungshorizont könnte auch bei der Durchführung von Interviews mit Polizist:innen eine Rolle spielen. Schließlich wird die Befragungssituation im Zuge wissenschaftlicher Erhebungen aus der Perspektive der befragten Polizist:innen umgekehrt. Nunmehr könnten bestimmte Rollenerwartungen darin resultieren, dass sich Polizist:innen nicht in der vermeintlich stärkeren Position der fragenden, sondern in der aus ihrer Sicht vermeintlich schwächeren Position der befragten Person wähnen. Dies könnte zusätzlich Abwehrreaktionen und Handlungsunsicherheiten verstärken. Wenn man dies jedoch bei der Konzeption der Interviews mitdenkt, könnte dem vorgebeugt werden. Im Rahmen der hier beschriebenen Forschung konnte die Erfahrung gewonnen werden, dass ein oder sogar mehrere informelle Vorabgespräche mit Erklärungen zu Ablauf, Inhalt und Hintergrund des Gesprächs, sowie die Wahl neutraler Orte und die Herstellung einer möglichst natürlichen und symmetrischen Gesprächssituation hilfreich sein können.

6 Fazit

Während dieser sehr intensiven dreijährigen Forschungstätigkeit wurde immer wieder deutlich, dass viele Polizist:innen Forschung grundsätzlich kritisch gegenüberstehen. Die Annahme, Außenstehende könnten routinierte Abläufe, Aussagen und Handlungen missverstehen oder gar voreingenommen sein, ist allgegenwärtig.

Aus den Erfahrungen unseres Forschungsprojektes lassen sich jedoch einige Faktoren ableiten, die dem zumindest teilweise entgegenwirken können.

Insbesondere die Dauer der von uns durchgeführten Forschung stellte sich als großer Vorteil für die Qualität der Ergebnisse heraus. So konnten teilnehmende Beobachtungen über mehrere Wochen in einem Schichtverbund

durchgeführt werden, was einen starken Akzeptanz- und Vertrauenseffekt an den beforschten Dienststellen bewirkte und einen unverstellten Einblick und offene Gespräche ermöglichte. Ebenso führte die Tatsache, dass mit vielen Gesprächspartner:innen mehrere Interviews und informelle Gespräche stattfinden konnten, zu einer sehr förderlichen Vertrautheitsbasis. Der Faktor Zeit sollte deshalb bei zukünftigen polizeiwissenschaftlichen Forschungsvorhaben berücksichtigt werden. Zeitintensive erklärende Vorgespräche sowie informelle Einzel- und Gruppendiskussionen zum Forschungsthema selbst oder zum Sinn und Zweck von Forschung allgemein erwiesen sich als gute Tools für den Zugang zu internen Narrativen und persönlichen Befürchtungen. Auch ein unvoreingenommenes, offenes Auftreten der Forschenden im Feld ist elementar, um interpersonelle Zugänge zu eröffnen. Es kann sich lohnen das eigene Rollenverständnis und die wissenschaftliche Motivation darzulegen und so Vorurteilen und Bedrohungsgefühlen aktiv entgegenzuwirken.

Die Einsichten dieses Forschungsprojektes zeigen, dass gerade die ethnographische Feldforschung obwohl sie zunächst auf große polizeiinterne Skepsis stößt, es vermag Vertrauen aufzubauen und Kooperation zu fördern. Mehr noch: das aufrichtige Interesse am Arbeitsalltag der Polizist:innen, insbesondere ihrer Anliegen, Motive und Narrative sowie den Gründen für etwaige Unzufriedenheit und Frust, schaffte eine gute Basis für offene Gespräche. So konnte die Qualität der Forschungsdaten beträchtlich erhöht werden.

Letztlich ist aber auch die öffentliche und interne Kommunikation darüber, was Forschung ist und wozu sie dient bzw. nicht dient, ausschlaggebend für das Gelingen zukünftiger empirischer Erforschung der Polizei und ihrer Arbeit. Der Grund für die große Skepsis liegt aus meiner Sicht auch in einem fehlgeleiteten Verständnis von wissenschaftlicher Forschung. Dieses speist sich einerseits aus der Projektion eigener berufstypischer Logiken und andererseits aus der von Politiker:innen, Medienvertreter:innen, Aktivist:innen und Wissenschaftler:innen selbst öffentlich kommunizierten Annahme, Wissenschaft könne bezüglich vermeintlicher struktureller Probleme in der Polizei als Instanz zur Kontrolle und gesellschaftspolitischer Intervention dienen und somit als Schlüssel zur Reformierung der Polizei beitragen. Auch die Polizei selbst äußert immer wieder die Forderung, Polizeiforschung müsse Praxisrelevanz entfalten und konkrete Handlungsempfehlungen produzieren und so auch aktiv zur Entwicklung der Organisation beitragen. Diese Haltung führt wie beschrieben einerseits zu Abwehrhaltungen der Beforschten die sich von »oben« oder von außen kontrolliert fühlen und andererseits macht es wis-

senschaftliche Forschung zum Machtinstrument. Aus unseren Erfahrungen lässt sich schließen, dass die Befürwortung der Polizeiführung als Türöffner deshalb längst keinen Automatismus darstellt. Vielmehr waren es einzelne Führsprecher in Form von Schlüsselfiguren aus den eigenen Reihen die initiale Feldzugänge öffneten. Diese ließen sich wiederum durch »Bewährung« in Form von neutralen oder positiven Begegnungen und daraus resultierenden Weiterempfehlungen noch deutlich ausweiten.

Die Rolle wissenschaftlicher Forschung als mögliche Unterstützung bei polizeilichen Reflexions- und Wandelprozessen sollte aus meiner Sicht klarer herausgearbeitet werden.

Ein intensiver Austausch zwischen Forschenden und Praktiker:innen über Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Forschung insbesondere in Bezug auf organisationales Lernen und Weiterentwicklung sollte dringend weiter gefördert werden.

Literatur

- Abels, Gabriele/Behrens, Maria (1998): ExpertInnen- Interviews in der Politikwissenschaft. Das Beispiel der Biotechnologie. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 27, H. 1, S. 79–92.
- Behr, Rafael (2006): Polizeikultur: Routinen – Rituale – Reflexionen. Bausteine zu einer Theorie der Praxis der Polizei. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Behr, Rafael (2008): Cop Culture. Der Alltag des Gewaltmonopols: Männlichkeit, Handlungsmuster und Kultur in der Polizei. 2. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Behr, Rafael/Molapisi, Annelie (2022): »In der Polizei sind wir uns eigentlich sehr ähnlich«: Eine hermeneutische Rekonstruktion der Hoffnungen, Erwartungen und Realitäten im Kontext einer Integration von Personen mit Migrationsgeschichte in die Polizei. In: Vera/Behr/Brussig/Weiß (Hg.): Migration und Polizei. Auswirkungen der Zuwanderung auf die Organisation und Diversität der deutschen Polizei. Sicherheit. Polizeiwissenschaft und Sicherheitsforschung im Kontext/11, Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Behr, Rafael/Molapisi, Annelie (2022): Im Scharnier. Migrantische Polizist:innen als Vermittler zwischen den Kulturen. In: Dr. Omar Khaled Sahrai (Hg.): Diversität für die Polizei. Polizei. Wissen. Themen polizeilicher Bildung, Jahrgang 5, Ausgabe 2/2021, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2022.

- Bergmann, Jens (2019): Polizeiliche Transparenztaktiken und die Flexibilität einer Normim organisatorischen Alltag. In: August/Osrecki (Hg.): Der Transparenz-Imperativ. Normen-Praktiken-Strukturen. Springer VS, Wiesbaden, S. 141–169.
- Bettermann, Ulf (2015): »Lässig bleiben?« Respektlosigkeiten und Autoritätsverlust im Erleben von uniformierten Streifenpolizistinnen und -polizisten. In: Frevel/Behr (Hg.): Die kritisierte Polizei. Empirische Polizeiforschung XVII, Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt.
- Jacobsen, Astrid (2005): Die gesellschaftliche Wirklichkeit der Polizei. Eine empirische Untersuchung zur Rationalität polizeilichen Handelns. Dissertation, Bielefeld.
- Jacobsen, Astrid/Bergmann, Jens (2022): Vor der Erhebung. Ein Essay über Forschungszugänge in die Polizei. In: Die Polizei. Fachzeitschrift für die Öffentliche Sicherheit mit Beiträgen aus der Deutschen Hochschule der Polizei. 2/2022, S. 52–53.
- Graevskaia, Alexandra et al. (2021): Polizei und Migration: Jenseits von Rekrutierung und Weiterbildung. In: IAQ-Report. Online unter: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:464-20210406-090948-5>.
- Grutzpalk, Jonas et.al. (2018): Polizei und Wissenschaft – eine kritische Standortbestimmung. Initiative Polizei in der Wissenschaft. In: Lange, Hans-Jürgen/Wendekamm, Michaela (Hg.). Die Verwaltung der Sicherheit. Theorie und Praxis der Öffentlichen Sicherheitsverwaltung, VS, Wiesbaden, S. 257–274.
- Howe, Christiane (2019): Lobbyieren polizeiinterner Veränderungsprozesse. Skizzen einer ethnografischen Praxisforschung bürgernaher, präventiver Polizeiarbeit. In: Howe/Ostermeier (Hg.): Polizei und Gesellschaft: Transdisziplinäre Perspektiven zu Methoden, Theorie und Empirie reflexiver Polizeiforschung, Springer Fachmedien, Wiesbaden, S. 131–153.
- Kühne, Eberhard/Liebl, Karlhans (Hg.) (2021): Polizeiwissenschaft: Fiktion, Option oder Notwendigkeit? Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M.
- Liebl, Karlhans (2008). Die Polizeiforschung in Deutschland. Ein Forschungsüberblick, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (2), S. 59–70.
- Mediendienst Integration (2021): Mehr Vielfalt bei der Polizei. Online verfügbar: <https://mediendienst-integration.de/artikel/mehr-vielfalt-bei-der-polizei.html> (letzter Zugriff: 26.09.2022)

- Meißelbach, Christoph (2022): Vorzüge und Herausforderungen von eingebetteter Polizeiforschung. In: Polizeiakademie Niedersachsen (Hg.), Tagungsband Kongress Netzwerk Demokratische Polizei: Forschung, Bildung, Praxis im gesellschaftlichen Diskurs, S. 160–175.
- Mokros, Reinhard (2015): Kriminologisch-polizeiwissenschaftliche Arbeitspapiere der Ruhr-Universität Bochum: Polizeiwissenschaft und Polizeiforschung in Deutschland. Versuch einer kritischen Bestandsaufnahme. 3. Auflage, Felix-Verlag, Holzkirchen/Obb.
- Mokros, Reinhard (2009): Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie. Band 11: Polizeiforschung für Studium und Praxis. VDP, Hilden.
- Molapisi, Annelie/Behr, Rafael (2019): Polizeibeamt*innen mit Migrationsgeschichte in der Phase der beruflichen Sozialisation – aktuelle Befunde. In: Groß/Schmidt (Hg.): Empirische Polizeiforschung XXIII. Polizei und Migration. Bnd. 26, Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 160–178.
- Nägel, Christof/Vera, Antonio (2020): Police science as an emerging scientific discipline. *International Journal of Police Science & Management* 22, S. 242–252.
- Ohlemacher, Thomas (2015): Mehr Polizeiforschung – weniger Polizeiwissenschaft. In: *Polizei & Wissenschaft*, Heft 1, S. 42–46.
- Ohlemacher, Thomas (2010): Empirische Polizeiforschung 1999–2009: Einfach klasse, schlicht Masse oder marginal erfolgreich. In: Groß, Hermann et al. (Hg.): *Polizei – Polizist – Polizieren? Überlegungen zur Polizeiforschung*; Festschrift für Hans-Joachim Asmus, Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M. S. 1–14.
- Reichertz, Jo (2013): Hermeneutische Polizeiforschung, in: Möllers, Martin/van Ooyen, Robert (Hg.): *Polizeiwissenschaft*. Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M. S. 69–101.
- Reichertz, Jo (2003): Empirisch-wissensoziologische Polizeiforschung in Deutschland. In: Hans-Jürgen Lange (Hrsg): *Die Polizei der Gesellschaft. Zur Soziologie der Inneren Sicherheit* (Studien zur Inneren Sicherheit 4), Leskre & Budrich, Opladen, S. 413–425.
- Rose, Carsten/Schönrock, Sabrina/Durben, Friedl (2021): Kongress Netzwerk Demokratische Polizei. Forschung, Bildung, Praxis im gesellschaftlichen Dialog. Polizeiakademie Niedersachsen, Hannover.
- Theriault, Barbara (2013): *The Cop and the Socialist. Investigating Diversity In German Police Forces*. transcript Verlag, Bielefeld.

- Ullrich, Peter (2019): Polizei im/unter Protest erforschen: Polizeiforschung als Entdeckungsreise mit Hindernissen. In: Howe/Ostermeier (Hg.): *Polizei und Gesellschaft*. Springer Fachmedien, Wiesbaden, S. 155–189
- Vogel, Berthold (1995): »Wenn der Eisberg zu schmelzen beginnt...« – Einige Reflexionen über den Stellenwert und die Probleme des Experteninterviews in der Praxis der empirischen Sozialforschung. In: Christian Brinkmann, Axel Deeke & Brigitte Volkel, (Hg.): *Experteninterviews in der Arbeitsmarktforschung*. S. 73–84.
- Weiß, Anja, Antonio Vera, Martin Brussig & Rafael Behr (2022): Auswirkungen von Migration auf die Organisation und Diversität der Polizei: Eine Einführung. In: Vera/Behr/Brussig/Weiß (Hg.): *Migration und Polizei. Auswirkungen der Zuwanderung auf die Organisation und Diversität der deutschen Polizei. Sicherheit. Polizeiwissenschaft und Sicherheitsforschung im Kontext/11*, Nomos Verlag, Baden-Baden.